

BN/WK

SONNABEND
7. MAI 2011

S. 9

Bahnlärm: Beiräte fordern Umfahrunsstrecken

Tagung des Regionalausschusses bei der Martin-Luther-Gemeinde

VON VOLKER JUNCK

Bremen. Es war einiges los auf der öffentlichen Tagung des Regionalausschusses „Bahnlärm“ gestern Nachmittag bei der Martin-Luther-Gemeinde in Findorff. Zahlreiche Politiker von SPD, Grünen, CDU, FDP und Linke sowie Experten der Bahn AG und des Vereins Bremer Spediteure waren erschienen, um mit Vertretern von zwölf Ortsbeiräten, Bürgern und Initiativen über das Thema Bahnlärm zu diskutieren.

Vordergründig ging es um die anstehende Verbesserung des Gleises 1 im Hauptbahnhof für den Güterverkehr. Doch der Regionalausschuss unter Federführung des Beirats Schwachhausen hatte einen umfangreichen Fragenkatalog zur Minderung von Bahnlärm mitgebracht. Die Kommunalpolitiker wollten unter anderem Auskunft über Geschwindigkeitsbegrenzungen für Güterzüge in Wohngebieten oder über ein Fahrverbot in der Nacht und an Sonntagen. Sie fragten, in welchem Zeitraum alle 140 000 Güterwaggons der Bahn auf Flüsterbremsen umgerüstet werden und ein gestaffelter Trassenpreis je nach Lärmpegel der Züge eingeführt wird. Sie fordern Umfahrunsstrecken und kritisieren insbesondere, dass die Bahn zehn Jahre nach Planungsbeginn für den Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven erst kurz vor der Inbetriebnahme an die Erarbeitung einer neuen Streckenführung gehe.

Verkehrssenator Reinhard Loske (Grüne): „Es kann nicht sein, dass der gesamte Güterverkehr aus den Seehäfen Wilhelmshaven und Bremerhaven durch den Bremer Hauptbahnhof geht.“ Allerdings

seien Bremen bei der Projektierung neuer Trassen oder der Lärminderung bestehender Strecken die Hände gebunden, weil dies alles in die Kompetenz des Bundes falle. Bremen könne lediglich versuchen, bei der Aufwertung des Gleises 1 im Hauptbahnhof über die Verkehrsministerkonferenz und den Bundesrat so viel wie möglich herauszuholen.

Torsten Staffeldt, Bremer FDP-Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Verkehrsausschusses, berief sich auf die hohen Hürden zur Änderung der Rechtslage auch durch EU-Gesetze. Er lehnte ein nächtliches Fahrverbot ab, weil es die Kapazität des Jade-Weser-Ports einschränken würde. Wie auch Robert Völkl vom Verein Bremer Spediteure, der eine Zunahme des Schienen-Güterverkehrs um 50 Prozent bis 2020 prognostizierte. Michael Körber als Vertreter der Bahn AG bezifferte die Umrüstung aller Güterwaggons mit Flüsterbremsen auf 600 Millionen Euro, was ohne staatliche Förderung nicht möglich sei.

Der Bremerhavener Bundestagsabgeordneter Uwe Beckmeyer, SPD-Sprecher im Verkehrsausschuss, plädierte für eine Tempobegrenzung auf 50 Stundenkilometer in Ballungsgebieten. Allerdings nur für eine Übergangszeit. Ziel sei der leise Güterverkehr mit Waggons nach dem technisch längst möglichen Standard.

„Das ist doch alles heiße Luft“, machte sich im Saal Entrüstung breit. Da werde immer nur geredet, während die Menschen an Bahnstrecken wegen des Lärms krank würden oder wegzögen. Zum Abschluss überreichten die Beiräte Senator Loske ein Lärmkataster aus ihren Bereichen.